

Brüder-Beitrag

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Panorama.

Vorstand des Ausschusses: W. Richter, Berlin NO., Mendelssohnstr. 13 (Quergebäude), I. — Vorsitzender der Reichsjustizkommission: Fr. Schutt, Frankfurt a. M., Wendelsweg 6, part. Sämtliche Briefe, sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Panorama, Falkenstr. 29, II. — Postzeitungskarte Nr. 1187.

Nr. 8.

Hannover, den 20. Februar 1897.

7. Jahrgang.

Heute eine Beilage.

Sieg und Niederlage.

Drei Monate hat der gewaltige Kampf am Hamburger Hafen getobt. Mit einer Zähigkeit, einem Heldennuth, einer Ausdauer, die ihres Gleichen sucht, haben die Schauerleute und die andern Streikenden den zahlreichen gegen sie verbündeten Gegnern getrotzt. In der That, groß war die Zahl der Gegner, die den wackeren Hafenarbeitern gegenüberstanden. Den Stauern und Gewerführerbaasen, denen anfangs der Kampf galt, gesellten sich bald die Rheder bei, die „königlichen Kaufleute Hamburgs“, wie sie sich stolz und nicht ohne Grund nennen, deren Reichthum ebenso sprichwörtlich ist wie ihre Zähigkeit, wo es gilt einen Profit zu erlangen, und ihr Dünkel, mit dem sie auf ihre erworbenen und ererbten Schätze blicken. Der Rheder Lacisz, langjähriger liberaler Reichstags-Durchfalls-Kandidat in Hamburg, wurde bald neben und vor Blohm, dem Stauer der Amerika-Linie, Küfer und Führer im Streit: es war, als ob er auf wirtschaftlichem Gebiete Rache und Genugthuung suche für die so oft erlittenen Schläppen und Niederlagen auf dem politischen Kampfplatze.

Die Rheder, Stauer und Gewerführerbaase wurden der Kern einer gewaltigen Koalition. In der festen Erkenntnis, daß Einheit Macht bedeutet, geleitet von einem sicheren Klasseninstincte, vergaßen fast alle größeren Arbeitgeber der Doppelstadt Hamburg-Altona ihre sonstigen Spähne und Zwistigkeiten und machten die Sache der Hafenkönige zu der ihrigen. Aus dem Kampfe gegen die Stauer war ein Kampf gegen die Rheder, aus dem Kampfe gegen die Rheder ein Kampf gegen den Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona geworden.

Die Bedeutung des Hamburger Miesenkampfes ward bald der Arbeiterschaft Deutschlands, der aufgeklärten und selbst einem Theile der unaufgeklärten, klar. Aber sie ward auch dem Unternehmertum klar. Und dasselbe zögerte durchaus nicht, aus dieser klargewordenen Erkenntnis heraus zu handeln. Vor Allem die mächtige Eisen- und Bergindustrie, namentlich ihre rheinisch-westfälischen Magnaten, sie, die selbst wirtschaftlich so gut wie unbetheilt an dem Hamburger Kampfe waren, sie, in denen der Geist des Herrn von Stumm mächtig ist, traten anspornend, aufwiegelnd und unterstützend den Hamburg-Altonaer Arbeitgebern an die Seite. Und das bedeutet eine gewaltige, mächtige Hilfe für die Rheder und Stauer. Nicht gerade finanziell: opferwillig sind die wenigsten Arbeitgeber selbst den eigenen Klassengenossen gegenüber. Aber finanzielle Hilfe war auch das Geringste, dessen die überreichen „königlichen Kaufleute“ Hamburgs bedurften. Eine viel werthvollere Unterstützung führten ihnen die Magnaten zu: die sogenannte „öffentliche Meinung“ des „gebildeten Bürgertums“ ward systematisch zu Ungunsten der Streikenden und zu Gunsten der Rheder und Stauer beeinflusst. Die Millionärspresse diente als das Werkzeug zu diesem edlen Zwecke. Die „Hamburger Nachrichten“ des Ex-Reichsfinanzlers, die Stumm'sche „Post“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der brutalsten Leichenbarone, der „Hannoversche Courier“ des „liberalen“ Herrn von Bennigsen, sie alle wurden nicht müde, in allen Tonarten von „sozialdemokratischer Verhöhnung, von „revolutionärem Terrorismus“ zu sprechen, die Hafenarbeiter als Verblendete darzustellen, welche aus reinem Uebermuthe mit ihrer geradezu paradiesischen Lage unzufrieden seien, die Arbeitgeber, so oft sie Miene machten, in einigen Stücken nachzugeben, zum „unbegründeten Widerstande“ „im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft“ aufzufordern. Und in der That, es ist der Millionärspresse gelungen, die sogenannte „öffentliche Meinung“ zu vergiften und zu verfälschen, und zu verhindern, daß sich die Sympathie derselben weiten bürgerlichen Kreise, welche dem Streike der Konfektionsarbeiter zu Theil wurde, auch dem Hamburger Hafenarbeiterstreik zuwandte.

Aber die Eisen- und Bergmagnaten thaten noch mehr, als die „öffentliche Meinung“ zu Gunsten der Rheder und Stauer zu beeinflussen. Sie führten ihnen auch die Unterstützung der Staatsgewalt zu.

Zwar im Anfang schien es, als ob die Hamburger Behörden — sie, die doch aus der Mitte der dort herrschenden Kaufmannsklasse hervorgegangen sind — eine strikte, ja, vielleicht sogar eine wohlwollende Neutralität gegenüber den Hafenarbeitern einnehmen wollten. Drei in Hamburg sehr angesehene Männer, der Gewerbegerichtspräsident Dr. Noack, der Präsident der Bürgerschaft (der Stadtverordneten-Versammlung) Hinrichsen und sogar der durchaus nicht gerade als Arbeiterfreund, geschweige denn als Sozialistenfreund bekannte Senator und Polizeidirektor Nachmann, boten ihre Vermittlung an. Die Arbeiter ergrieffen die dargebotene Hand mit Freuden, die Arbeitgeber stießen sie in Schroder, fast beleidigender Weise zurück. Alle einigermassen in dem Kampfe unparteiischen Blätter demokratischer, freisinniger, christlich-sozialer, weltlicher, sogar antisemitischer Färbung bedauerten kopfschüttelnd dieses etwas reichlich merkwürdige Benehmen der Rheder und Stauer, die reine Unternehmerrasse dagegen, namentlich die Stumm'sche und Bismarck'sche, begleitete es mit einem geradezu fanatischen Jubelgeschreie. Und wer war es, der in diesem Jubel der Drohnacht seines Feindes und Verfolgers, des Sachsenwäldlers, begeistert einstimmt? Kein anderer als Herr von Böttcher, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, dem man bisher stets eine leidlich unparteiische Haltung im Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, und ein wenig Verständnis für die sozialen Fragen unserer Zeit zugetraut hatte. Aber gar zu mächtig ist der Geist Stumm's in den „maßgebenden“ oberen Regionen geworden, als daß nicht auch Herr von Böttcher einen Hauch dieses Geistes verspüren sollte. Und so erklärte er denn im Reichstage den Hamburger Streik für einen durchaus unberechtigten, schilderte die Lage der Schauerleute und Gewerführer in also rosigem Farben, daß gewiß viele Reichsboten herzlich bedauerten, nicht diese gewinnbringende und einträgliche Karriere eingeschlagen zu haben, und gab am Schlusse seiner Ausführungen der Ablehnung des Schiedsgerichts seitens der Rheder durchaus Recht, also den hochgestellten Vermittlern Unrecht. Die „Anerkennung der Besten“ fehlte Herrn von Böttcher für seine denkwürdigen Behauptungen, Ansichten und Darstellungen denn auch nicht; Stumm und sein Troß zollten ihm lebhaften Beifall. Selbstredend wirkte das Verhalten der Reichsregierung, ob begleitet oder nicht begleitet von einem — natürlich „sanften“ — Druck auf das Verhalten der Hamburger Behörden, zumal der Hamburger Polizei, zurück. Immer mehr verlor sich auch die leiseste Spur des Wohlwollens, immer mehr und mehr ging auch die angenommene neutrale, unparteiische Haltung in die Brüche. Sammlungen wurden verboten, Versammlungen wurden aufgelöst, Verhaftungen wegen geringfügiger Vorkommnisse vorgenommen, schließlich vom harten Hausrecht des Vermiethers gegenüber dem Miether in Staatshäusern, in denen zahlungsunfähige Streikende zur Miethen wohnen, in unnachsichtiger Weise Gebrauch gemacht.

So war aus dem ursprünglichen Kampfe gegen die Stauer ein Kampf gegen das gesammte, von der Staatsgewalt unterstützte Unternehmertum Deutschlands geworden.

Aber damit nicht genug, noch andere Feinde traten gegen die Hafenarbeiter in die Schranken. Zunächst jene stetige Begleiterin des Winters, die Arbeitslosigkeit, welche Schaaren von Streikbrechern nach Hamburg trieb und den Stauern gestattete, die Arbeit, so gut oder vielmehr so schlecht es gehen wollte, doch wenigstens einigermaßen fortsetzen zu lassen. Wohl wurde in allen politischen wie gewerkschaftlichen Arbeiterblättern vor Zuzug nach Hamburg gewarnt, wohl waren überall, wo es organisierte Arbeiter giebt, Gewerkschaften, Gewerkschaftsartelle, Einzelne thätig, um den Werbe-Agenten des Hamburger Unternehmertums, die mit gefüllten Taschen und noch gefüllteren Säcken von Versprechungen sich auf den Bauernfang, wollte sagen auf die Arbeiterjagd begeben hatten, entgegenzutreten und entgegenzuwirken. Aber noch nicht 300,000 deutsche Arbeiter sind organisiert; was bedeutet das gegen die Masse der unorganisierten? Und sogar die Hafenarbeiter selbst waren, als sie in den Kampf eintraten, in ihrer Mehrzahl unorganisiert; vielleicht war

es — und diese Meinung bezeugt auch der letzte Aufruf der Central-Streikkommission — ein Fehler, den Kampf der Organisirten, und nicht vielmehr die Organisirten dem Kampfe vorausgehen zu lassen.

Und welche Verbündeten hatten die Hamburger Hafenarbeiter diesen ihnen so zahlreichen Gegnern, den Stauern, Rhedern, Hamburg-Altonaer und anderen Arbeitgebern, der erkaufte Presse, der Polizei, der Arbeitslosigkeit und dem Organisationsmangel in Hamburg und anderswo, welche Verbündeten, wiederholen wir nochmals, hatten sie dieser furchtbaren Phalanx von Feinden gegenüber zu stellen?

Zunächst die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft. Und diese hat sich in wahrhaft glänzender Weise offenbart. Underhalb Millionen Mark sind mitten im Winter, sind zur Weihnachtszeit, in der doch so viele Ausgaben an die Familien herantreten, nach Hamburg geströmt. Und noch immer fließen reichliche Gaben nach der Elbstadt; sie sind auch bitter notwendig, um das äußerste Elend von den Ausgesperrten abzuwenden.

Zum zweiten hat die sozialdemokratische Partei die Sache der Ausständigen zu der ihrigen gemacht. Weit entfernt, den Streik „frevelhaft angefaßt“ zu haben, wie erkaufte Federn und Zungen behaupten — sie hat vielmehr ihn zu verhindern und, als er entbrannt, beizulegen gesucht, — hat sie freilich, als alle Friedens- und Vermittlungsversuche durch die Schuld der Unternehmer scheiterten, es als ihre Pflicht erachtet, in ihrer Presse und im Reichstage die Streikenden gegen die massenweis auf sie niederprasselnden Vorwürfe und Verleumdungen zu vertheidigen.

Zum dritten muß durchaus das Verhalten der sogenannten National-Sozialen, zumal des wackeren, wenn auch in seinen Anschauungen nicht ganz klaren Pastor Naumann, anerkannt werden. Dieselben sind sammelnd und vertheidigend für die Ausständigen eingetreten. Dagegen haben sich alle anderen Parteien — so schrieb der genannte Pastor Naumann ganz richtig in seinem neugegründeten Blatte „Die Zeit“ — entweder mehr oder minder feindselig oder doch gleichgültig gegenüber den Hafenarbeitern gestellt; auch die sonst mit Arbeiterfreundlichkeit prunkenden Richtungen, die Christlich-Sozialen Stöcker'scher und die Demokraten Sonnemann'scher Färbung sind nur zum kleinsten Theile über die Beihilfe, die in einigermaßen sympathischen Artikeln liegt, hinausgegangen.

Und so sind denn die Hamburger Hafenarbeiter unterlegen, unterlegen eigentlich nur deshalb, weil zu allen den zahlreichen Gegnern nun auch noch die Ungunst des Wetters hinzutrat. Mit Zweidrittelmehrheit ward der Beschluß gefaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das Unternehmertum triumphiert. Und es triumphiert nicht nur, sondern schickt sich auch an, Rache zu nehmen an den Arbeitern, die es gewagt haben, ihm entgegenzutreten. Der „Hannoversche Courier“ brachte an hervorragender Stelle eine Zuschrift aus Hamburg, in welcher in offener, brutaler, jedenfalls sehr unchristlicher Weise das Recht des Siegers auf Rache proklamiert wurde. Hungernd und frierend sollen die Hamburger Arbeiter ihre „Auflehnung“ gegen König Kapital bereuen. Eine Härte läge, schreibt genanntes Blatt, nicht darin, die ausständigen Arbeiter nicht wieder anzunehmen, dadurch werde vielmehr „trivolen“ Streiks für die Zukunft vorgebeugt werden u. s. w. u. s. w.

Auch die, welche in irgend einer Weise den Ausständigen ihre Sympathie gezeigt haben, soll die Rache der siegreichen Unternehmer ereilen. Schon ist ein Disziplinarverfahren gegen den Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel eröffnet worden, der es gewagt hatte, den Naumann'schen Aufruf mit zu unterzeichnen. Sollte er abgesetzt werden: er, der Millionär, wird den Ausfall des Professorengehalts verschmerzen, nicht aber die angebliche „Freiheit der Wissenschaft auf den deutschen Hochschulen“ diesen neuen Schlag in ihr schon genugsam geschändetes Antlitz.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die für ein Regierungsorgan gelten, fordern ziemlich deutlich eine Maßregelung der sozial-

Kollege Vogt ging auf die Ausführungen des Vorredners noch näher ein und bemängelte sodann das Wesen der Ortskrankenkassen, speziell das der Dortmund. Er trat ebenfalls der in der bürgerlichen Presse vertretenen Behauptung entgegen, daß der hohe Prozentsatz der Unfälle in unserem Gewerbe dem übermäßigen Alkoholgenuß zuzuschreiben sei, und betonte, daß dieser Umstand lediglich auf die überlange Arbeitszeit und schlechten Einrichtungen zurückzuführen sei. Auf die vielfach noch schlechten Wohnungsverhältnisse aufmerksam machend, glaubt Redner, daß die Dortmund Kollegen nicht zu stolz auf ihre Lage zu sein brauchen, und forderte dieselben deshalb in kernigen Worten auf, stets energisch für bessere Existenzbedingungen einzutreten. Kollege Decker kritisierte nochmals das Schafanderleben und empfahl das Wohnen außerhalb der Brauereien. Kollege Weder ersuchte noch, daß sich die Kollegen mehr wie bisher der politischen Partei anschließen möchten. Die Angelegenheit Schridt kam hierauf nochmals zur Sprache. Schridt wurde alsdann auf Antrag einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Der Vorsitzende berichtete nun über den hiesigen Arbeiterausstand, betonte besonders die Bedeutung des Streiks für alle Arbeiter und forderte zu kräftiger Unterstützung auf. Es wurde beschlossen, nochmals Listen zu führen zu lassen, und habe jedes Mitglied 1 Mk. zu zahlen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. Am Mittwoch, den 10. Februar, sprach vor zahlreichen Zuhörern Kollege Wiche über: „Die deutsche Bierbrauereigeschichte und die Staffelpflichtung, wie sie seitens der kleinen und mittleren Brauereien verlangt wird.“ Wiche zog den Schluß, daß, falls dieser Weg der Besteuerung in der norddeutschen Brauereigesellschaft eingeschlagen würde, die Kleinbetriebe auch dadurch nicht gerettet, höchstwahrscheinlich aber eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Brauereiarbeiter im Besonderen würden. Auf alle Fälle müssen die Brauereiarbeiter auf der Hut sein, um, wo sich Gelegenheit bietet, ihre Interessen wahrzunehmen. — Genosse Scheidemann besprach die Gründung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von Differenzen zwischen Brauereiarbeitern und den Brauereien, und empfahl einen ausgearbeiteten Entwurf als Grundlage der Zusammenkunft zur Annahme. Nachdem mehrere Redner den Entwurf besprachen, fand fast einstimmige Annahme statt. In die Kommission wurden Griebel, Wittich und Pöller gewählt. Nachdem noch 2 Kandidaten für die Gewerkegerichtswahl nominiert waren, trat um 11 Uhr Schluß der Versammlung ein.

Frankfurt a. M. Herr Oberländer ist nun auch hin, verloren für den Ring der Ordnungssäulen, welche den unersättlichen Forderungen „ihrer“ Arbeiter energisch gegenüberzutreten für vornehmste Pflicht gegen Staat und Gesellschaft stellen. Unsere Leser kennen ja genügend die Wirksamkeit des Ex-Direktors im Brauering, ihn, der den berechtigten Forderungen der Arbeiter noch im Vorjahre entgegentrat und erst in zwölftägiger Stunde vor dem drohenden Boykott zurückschreckte. Der Mann, welcher um Fleunige an den Löhnen der Brauereiarbeiter feilschte, er besitzerte unterdessen ganz wie Gottlieb feilig (damit ist der Frankfurter Stadtkassirer Fischer gemeint, welcher 4000 Mk. fälligte und die Stadt um 800 000 Mk. betrug; er hängt sich) seine Gesellschaft um Tausende von Mark, fälligte wie dieser seit Jahren die Bücher und hat sich zum Unterschied bisher nur noch nicht todtgeschossen, sonst hätten wir vielleicht eine Neuanlage des fideles Nachrufs mit dem „ehrenden Andenken“ erlebt. Die Aktien der Brauerei befinden sich sämtlich in den Händen der Koburg-Gothaischen Kredit-Gesellschaft, deren Direktoren sich gegenwärtig hier aufhalten. Diese machen über den Fall folgende Mittheilungen: Die Brauerei ist durch den inzwischen entlassenen Direktor Oberländer um etwa 75 000 Mk. geschädigt worden, welcher Betrag von der Bank bei Feststellung ihres Ober Abschusses endgiltig berücksichtigt und abgeschrieben wurde. Die Bankdividende wird dadurch um 1 Prozent geschmälert. Die Schädigung, welche durch die Unterlassung von Oberländer's unterlassene Buchungen entstanden ist, datirt schon auf eine Reihe von Jahren zurück und konnte nach ihrer Natur weder von dem vereideten Revisor, noch von dem Aufsichtsrath bei dessen zahlreichen Revisionen entdeckt werden, bis sie zuletzt zufällig klar gelegt wurden. Früher war Oberländer von der Bank kommanditirt unter der Firma Groß u. Oberländer und hat dann die Brauerei mit einem Associe für eigene Rechnung betrieben bis zur Gründung der Aktiengesellschaft im Jahre 1884. Er ist seit 33 Jahren Beamter bezw. Verwaltersmann der Koburger Bank gewesen. Was die Brauerei selbst betrifft, so hat eine genaue Revision aller Werthe und Außenstände ergeben, daß, abgesehen von den Schädigungen durch Oberländer, Alles in Ordnung ist, daß die sehr gut eingerichtete Brauerei in bestem Betriebe ist. Die Bankdirektion ist der Ueberzeugung, daß die Brauerei durch Entlassung von Oberländer in eine günstige Betriebsperiode kommen wird. Die Brauereigesellschaft hat theilweisen Rückhalt für den erlittenen Schaden an einer Lebensversicherungspolice Oberländer's der Providentia über 30 000 Mk. aus dem Jahre 1874 und der Dienststation Oberländer's von 5000 Mk. in Aktien der Oberländer-Brauerei; Oberländer bezog einen Jahresgehalt von 10 000 Mk., hatte außerdem freie Wohnung, Heizung, Bekleidung etc. Er ist seit dem 6. Februar entlassen, doch ist ein Strafantrag vorerst nicht gegen ihn gestellt. Oberländer siedete schon seit langen Jahren in Geldskaminitäten, deren Deckung er unbemerkt vornehmen wollte. Er wählte den Weg der Scheinbilanzen und ließ alljährlich eine ganze Anzahl Rechnungen, deren Begleichung in dem laufenden Rechnungsjahr vorzunehmen war, stets für das folgende Jahr liegen, welche sich mit der Zeit allerdings in dem Maße anhäufte, daß den Revisoren die Manipulation nun nicht mehr entgehen konnte. Uebrigens hat die geborstene Ordnungstühe sich grobunthig bezeit erklärt, auch noch anderweitig für die Tilgung der stillen Anleihe zu sorgen. Als die Untersuchungen aufgedeckt wurden, wurde Oberländer nicht nur der Direktionsherrlichkeit sofort enthoben, er mußte vielmehr auch noch in der nämlichen Stunde die Dienstwohnung räumen, und hat vergeblich die Bankdirektoren, ihn noch acht Tage in dieser zu belassen. Da hätte der Herr ja unerwarteter Weise einmal am eigenen Leibe erfahren, wie es thut, was er so oft praktizierte: Arbeiter Knall und Fall ohne jede Rücksicht auf die Strafe zu setzen. Oberländer muß sich bis in die letzten Tage noch in voller Sicherheit gewiegt haben, denn er schaffte sich noch kürzlich eine hochseine zweite Equipage an.

Der Brauereidirektor Oberländer wurde am Freitag in Berlin verhaftet; es sollen noch 200 Mk. bei ihm gefunden worden sein. Wir wollen ihm noch einen Nachruf dazu widmen. Als unser Zweigverein 1892 gegründet wurde, da war der Exdirektor Oberländer einer der Ersten, welche gegen die Organisation alarmirten; er ließ diejenigen, welche bezweck der Agitation seine Arbeiter im Schafander befehlten, einfach hinaus eskortieren. Trotzdem gelang es Schreiber dieses, einige Verbandszetteln den Kollegen abzugeben, ebenso auch einige für den Eintritt in den Verband zu gewinnen. Leider aber überreichte Weiteres an den russischen Zuständen der Arbeitsverhältnisse, sowie an den despotischen Erlassen des absoluten Herrschers der Brauerei. Er war einer der Ersten, welche daran arbeiteten bei dem Streikausbruch 1892, einen provisorischen Ring gegenüber der Arbeiterschaft zu Stande zu bringen, trotzdem in seinem Herrscherbereich kein einziger Arbeiter organisiert, noch an dem Streik theilhaftig war. Auch führte er bei den Verhandlungen mit der Kommission der Arbeiterschaft den Vorstoß als Repräsentant des Brauereirings. Es wurde denn auch erreicht, daß der mißliche Boykott aufgehoben wurde, und die Gemäßigten in verschiedenen Brauereien in Arbeit treten konnten. Ein indirekt Gemäßigter von Oberländer konnte jedoch keine Arbeit

erhalten und wurde von Oberländer nach Herrn Mose (W. J. J. Jung), von diesem an der Direktion der Br. Eschhaus, von dieser wieder zu Oberländer verwiesen. Schließlich sagten die Herren, Oberländer müßte für ihn sorgen. Dieser verpackte dem Arbeiter mit eigenhändiger Bekräftigung und unter Ehrenwort mit heuchlerischer Maske, daß er ihm einen Posten bei einem Geschäfte in Offenbach a. M. verschaffen wolle, denn in seinem Geschäft könne er ihn gegenwärtig nicht beschäftigen. 7 1/2 Monate war der Arbeiter kopflos und trotz dem Versprechen auf Ehrenwort, sowie der öfter brieflich angegebenen Vermählungen des Direktors an Oberländer. Erst durch eine Vermittlung von Seiten der Arbeiterschaft erhielt er endlich in Hanau Arbeit. Im vorigen Jahre ist es den organisierten Kollegen gelungen, endlich einmal eine Preisge in die Hochburg jenseits des Rheins zu brechen, trotzdem der Despot und sein Repräsentant alles versuchten, um zu stoppen, durch Maßregeln; es half nichts, schließlich war das Wort der Arbeiterschaft von Offenbach maßgebend, denn der Stoff wollte ihnen von der Brauerei Oberländer nicht mehr schmecken. Wohl hatte es einige Opfer gekostet, welche er auf die Strafe setzte, doch war seine absolute Macht etwas gebrochen; jetzt hat ihn die Nemesis ereilt, was ihm schon längst gehört hätte. Hoffentlich hat die Beseitigung dieses Schurken für die Brauerei wie ein reinigendes Gewitter gewirkt, sodas den dort beschäftigten Arbeitern freies Koalitionsrecht von Seiten der Bankdirektion gesichert wird. Auch dürfte der Herr Braumeister diesbezüglich sich bessern, so daß man sagen dürfte, „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Da ein Unglück selten allein kommt, so munkelt man an Sachsenhäuser Berg übrigens schon von einem Zweiten, der dort die längste Zeit als Stellvertreter St. Cambrinus gewaltet haben dürfte.

Hamburg. Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung hörte ein Referat des Kollegen Wiche über „Die Stellung der gelehrten und ungelerten Arbeiter zu einander“ an. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Sodann sprach Genosse Winkelmann über: „Welche Lehren hinterläßt der Hafnarbeiterstreik?“ Redner gab eine kurze Uebersicht über den Verlauf des Streiks und übte namentlich eine herbe Kritik an der Haltung der Behörden. Die Ausführungen der beiden Redner nahmen mit Beifall entgegen und fand hierauf eine Resolution Annahme, worin sich die Versammlung mit dem Gehörten einverstanden erklärt und muntert an einer gemeinsamen Organisation aller Brauereiarbeiter festhalten und nach Kräften für den Ausbau thätig sein wollen.

Soziale Mundschau.

— In Dortmund verunglückte der Brauer Hupf dadurch, daß ihm beim Abfüllen ein volles Transportfaß von einer Anzahl bereits aufgestellter Fässer auf den Arm fiel und dadurch der rechte Unterarm gebrochen wurde.

— In Frankfurt a. M. wurde Herr Oberländer der Leitung der gleichnamigen Brauerei enthoben, weil er die Gesellschaft um 75 000 Mk. durch falsche Buchungen geschädigt hat.

— Die Zahl der Bierbrauereien Englands ist von 15 774 im Jahre 1882 auf 8785 im Jahre 1896 gesunken, die Menge des gebrannten Bieres hat aber noch bedeutend zugenommen, denn die Bierproduktion ist mehr und mehr zum Großbetrieb geworden. — So berichten Brauereifachblätter. Die Bundes-Zeitung wird ihren Lesern nach wie vor das Gegentheil berichten.

Die Konzentration der Produktion innerhalb des Braugewerbes nimmt in den letzten Jahren erschreckend zu. Ueberall Errichtung von Aktien-Gesellschaften, Aufkauf von anderen Betrieben durch dieselben, Vermehrung des Aktienkapitals, — Facit: erneuter, erfolgreicher Konkurrenzkampf gegen die minder kapitalkräftigen und dadurch Vermehrung der Arbeitsuchenden durch die, welche ihre Existenz einbüßen, sowie größeres Angebot von Arbeitskräften, aber bedeutende Verschlechterung der Daseinsbedingungen. Wir lassen einige solcher Vereinigungen folgen:

Die Brauereigesellschaft Henninger in Frankfurt a. M. kaufte die Aktien-Brauerei Eschhausburg. — In Lemberg hat sich eine Bierbrauerei-Aktien-Gesellschaft gebildet, von der sämtliche Bierbrauereien am Orte käuflich erworben wurden. — In Braunschweig giebt die National-Aktien-Bierbrauerei bekannt, daß die stattgefundene Generalversammlung behufs Verstärkung der Betriebsmittel die Erhöhung des Aktienkapitals auf 1 650 000 Mk. beschlossen hat. — Regensburg. Die Brauerei von G. Dolland (Zahn) dahier wurde in eine Aktienbrauerei unter der Firma Regensburger Brauhaus, vormalig Zahn, umgewandelt. — Thale am Harz. Die hiesige Adlerbrauerei der Herren Burchard u. Cie. ist in eine Aktiengesellschaft mit 600 000 Mk. Kapital umgewandelt worden. — Herr Chr. Hofmann, Brauereibesitzer in Heidelberg, hat die Brauerei der Herren Mek u. Co. in Weinheim käuflich erworben. Die Brauereigebäulichkeiten sollen zu einer Mälzerei umgebaut werden. — In Stuttgart ist seitens der leitenden Theile der Lindenmeyer'schen und Bachner'schen Brauerei eine Verständigung zur Vereinigung beider Brauereien erzielt worden.

— Hoch die Gefindeordnung! So mag sich der Brauereibesitzer, Land- und Gastwirth Schnellinger in Koblberg, einem Marktsteden bei Weiden in der Oberpfalz, gedacht haben, als er gegen vier seiner Dienstboten Strafantrag wegen Dienstentlaufens stellte, wie aus einem Gerichtsfaalberichte des „Oberpfälz. Kurier“ hervorgeht. Der Bericht lautet: „Große Schweinerei. Zustände, wie man sie schlimmer auch in Polen, der Heimath der Schweine, nicht antreffen wird, findet man in der Wirthschaft des Bierbrauers Schnellinger in Koblberg, wie nachstehender Fall zeigt. Georg Weimler aus Koblberg und Joseph Bühler aus Weizenbrunn waren im heurigen Jahre als Knechte im Dienst des genannten Brauereibesitzers. Da sie vor Ablauf der bedungenen Dienstzeit den Dienst verließen, erstattete ihr Dienstherr Anzeige, weshalb die beiden heute wegen Dienstentlaufens sich zu verantworten haben. Die Angeklagten behaupten, sie seien nur deshalb gegangen, weil es ihnen zu schweiniß zugegangen sei und sie besürchten mußten, vor Fädel krank zu werden. Die ver-

nommenen Zeugen, Dickert, Anna und Johanna Maier, entrollen ein ungläubliches Bild über den Haushalt des Schnellinger. — Die Suppenschüssel wurde den Fremden als Waschschüssel verabreicht, im Schweinefressen wurden die Knackwürste gekocht und nachdem diese in anderem Wasser etwas gereinigt, den Gästen vorgefekt. Das Betttuch wurde als Tischtuch verwendet. Wasser, worin erst Alle die Hände gewaschen hatten, wurde zum Daranliegen an das Fleisch verwendet, Staudelbier den Dienstboten von der Frau zum Trinken verabreicht, und um Allem die Krone aufzusetzen, mußte die Magd in einem Topfe, den die Frau Schnellinger einmal zur Befriedigung ihrer Nothdurft benutzte, die Klöße kochen. — Schnellinger, sowie seine Frau stellen dieses, obwohl eidlich vernommen, größtentheils in Abrede. Wie uns der Herr Anwalt sagte, werden sich beide dieserhalb anderswo noch zu verantworten haben. Unter solchen Umständen wurde dem Antrag des Herrn Anwalts auf Freisprechung der Angeklagten und Ueberbürdung der Kosten auf den Antragsteller Schnellinger stattgegeben. Die beiden Dienstmägde Anna und Johanna Maier aus Köthenbach waren, wie die vorigen Weiden, im Dienste des Schnellinger und verließen aus gleichem Grunde wie diese den Dienst. Es wurde bei ihnen, wie im vorhergehenden Fall, unter Ueberbürdung der Kosten auf den Antragsteller auf Freisprechung erkannt.“

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Genossen und Kollegen! Im Oktober vorigen Jahres gründeten die Lübecker Metall-Industriellen eine Vereinigung und einen Arbeitsnachweis nach berühmtem Muster. Den Zweck und die Schädlichkeit eines solchen Instituts einsehend, traten die Lübecker Metallarbeiter sofort in den Kampf für Beseitigung solcher Maßregeln. Durch die Ungunst der Jahreszeit sowie der schlechten Konjunktur war bis jetzt ein Erfolg nicht zu verzeichnen. Wohl aber traten die Bestrebungen der hiesigen Metall-Industriellen klar zu Tage. Man beabsichtigt eine Sichtung der Arbeiter, eine Ausjätung aller mißliebigen Elemente. Offen tritt zu Tage, daß alle an irgend einer Bewegung theilnehmen und deswegen ausgeschlossenen Arbeiter in Lübeck keine Arbeit mehr bekommen sollen. Mehrmals ist dieses auch von jener Seite ausgesprochen worden und die Praxis liefert nur die deutlichsten Beweise. Obwohl Arbeitskräfte genligend am Orte vorhanden sind, ist man bestrebt, Leute von auswärts heranzuziehen. Wir glauben nun, wenn der Zuzug von fremden Arbeitskräften ferngehalten wird, den Herren wirksam entgegenzutreten zu können. Also Genossen und Kollegen haltet den Zuzug fern und die Unternehmer werden genöthigt sein, ihre alten Arbeiter wieder einzustellen.

Bekanntmachungen.

Der Brauer Karl Reizer besitzt das Verbandsbuch Nr. 14338 und sucht mit dessen Hilfe Schwindeleien zu verüben. In Schilligheim ist ihm solches bereits geglückt. Wir ersuchen alle Reiseunterstützungszusatzler sowie alle Kollegen, falls das betreffende Buch vorgezeigt werden sollte, dem Vorzeiger dasselbe sofort abzunehmen.

Der Brauer Joh. Frey aus Untergröningen ist im Besitze des Buches Nr. 4052 auf den Namen Joh. Stockenberger, geb. den 1./7. 1870 in Untergröningen, eingetretten in Eslingen. Auch in diesem Falle ersuchen wir, bei Vorzeigung dasselbe sofort anzuhalten und uns Mittheilung zu machen. A. Wiche.

Zur Beachtung!

Die Nr. 7 ist vergiffen. Sollten Vertrauensmänner noch saubere Exemplare übrig haben, so bitte uns dieselben retour zu senden. Die Expedition der „Brauere-Zeitung.“

Die Brauer Arthur Leuthold und Paul Christink, beide zuletzt in Cainsdorf bei Zwickau i. S. in Arbeit, werden aufgefordert, sofort ihren derzeitigen Aufenthalt dem Zwickauer Vertrauensmann zu melden.

Todtenliste.

In Dresden starb der Kollege Lind e in den besten Jahren an der Proletarierkrankheit. Er war Mitbegründer des Dresdener Fachvereins und ein treuer Anhänger unserer Sache.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen im Monat Januar folgende Beträge ein: Woll., Hannover 20; F. S., Potsdam 0,90; F. L., Christewitz 2,60; J. W., Rauting 0,80; P. A., Gunzenhausen 2,90; G. S., Mülhausen 2,40; F. W., Bercehl 2,80; M. G., Heidelberg 23,88; F. A., Herzberg 2,40; A. K., Schwiebedorf 7,20; J. W., Bruchsal 7,20; A. S., Jngolstadt 20,18; A. Sch., Gensfeld 8; v. K., Neuhaldensleben 4,80; G. S., Kassel 1,60; J. L., Jhr 3,60; A. K., Nördersleben 9,60; A. G., Harzburg 5,60; A. Th., Weimar 3,60; W. J., Ditter 4; M., Rimbürg 10,40; M. Sch., Rosenheim 2,40; A. G., Linz 2,39; F. L., Staßfurt 2,40; A. B., Eschhausburg 65,80; C. W., Pörnberg 4,80; K. A., Kalmach 96; C. Sch., Eisenburg 17,40; C. M., Stuttgart 474,26; J. S., Mainz 50; J. D., Wismar 5,60; P. Tiche, Hamburg 115; J. G., Weisdorf 2,60; M. D., Ludwigshafen 73,50; W. L., Kaiserslautern 70,20; S. G., Berlin 60; S. G., Heilbronn 107,80; C. W., Eisenach 67; C. L., Nelken 4,80; P., Michelob 21,80; K. F., Erfurt 80,60; J. Sch., Nürnberg 168,20; Ch. D., Schweinfurt 70,90; C. W., Ronthe 4,80; J. Schl., Würzen 8; A., Wensberg 2,40; A. G., Chemnitz 23,80; K., Thüringen 13; F. W., Lüneburg 5,80; Fr., Augsburg 100; W. L., Essen 163,50 (da noch nicht angegeben, wofür der Betrag, kann von der Summe noch ein Theil in Abzug kommen); A. B., Tübingen 22,40; C. W., Göttingen 12; G. S., Rotterdam 4,80; M. G., Schönebeck 4; A. Sch., Mülhausen 2,40; M. W., Amdernach 2,40; A. A.,

Earstedt 2,40; F. J. Hildesheim 27,40; W. Schl., Bremerhaven 55,30; K. Schenk, Spener 47,30; G. K., Kiel 71; D. W., Hannover 1,80; G. H., Darmstadt 42; W., Röhmsfeld 6,80; F. D., Wörlingen 10,20; L. S., Rotterdamm 3,20; Br., Wunzlau 3,20; G. C., Bely 16,95; J., Grimma 2,40; S. F., Magdeburg 1; G. K., Düsseldorf 37,60; S. E., Neumünster 36; S. W., Lobenstein 5,20; Sch., Jungsbrud 5,17; J. C., Göttingen 98; G. Sch., Magdeburg 2,60; W. G., Obergberg 0,80; D. A., Albed 53,78; M., Kitzingen 7,80; L., Kattowitz 5,80; G. S., Landsküt 2,20; G. W., Friedberg 8,40; W. St., Ofpeg 3,47; S. W., Derrmannsfeifen 6,02; M. St., Samm 33; J. W., Stoburg 22,20; G. F., Komotau 6,02; S. G., Grimmen 2,40; W. R., Naumburg 10,20; H. W., Zwickau 24,60; J. F., Pfungstadt 115,60; W. S., Freiburg i. B., 29,40; W. L., Halle 95,20; W. W., Gelmstedt 2,40; H. Br., Templin 2,40; W., Järsternwalde 3,20; K., Jungsbrud 4,30; H. J., Stimmerberg 3,40; H. S., Helgen 2,40; G. M., Wellingen 5,80; W. D., Ludwigshafen 4,40; B. O., Waltershausen 2,40; W. A., Gmünd 32,20; J. St., Frankfurt a. M. 29,20; G. Sch., Schiltigheim 16; J. J., Norden 3,20; G. F., Dresden 267,40; Wolf, Hannover 200 Mk. **Summa: 3948,82 Mk.**

Von den obigen Beträgen sind die Beträge für den Internationalen Unterstützungs-Fonds bereits abgezogen und nicht anzurechnen.

Für Extrabeiträge (Streifenmarken) gingen ein: Hamburg 15, Ludwigshafen 6,50, Heilbronn 10, Eisenach 7,60, Chemnitz 0,70, Erfurt 11,30, Spener 17,30, Bremerhaven 2,80, Zwickau 19 Mk. **Summa 100,20 Mk.**

Freiwillige Beiträge: H. Ph., Herbrool 1; von den Jahrbüchern der Brauerei Binding, Frankfurt 1,90; von zwei Kollegen in Reichshofen 2,50; von den Kollegen in Heidelberg 4,30; von den Kollegen in Pforzheim 18,70; von den Kollegen in Altenburg 3,80; J. S., Bernkastel 1; Inseraten-Lieberschub von Kadat, Damburg 2 Mk.

Für die Sagenarbeiter in Hamburg: Bereits quittiert 757,45 Mk. Von der Lokal-Union Nr. 99, Springfield (Mass., N. A.) 152,56 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Nationale in St. Etienne 12 Mk. Kollegen der Brauerei Leicht, Barmen 4 Mk.

Verichtigung. In Nr. 6 muß es statt 6,10 Mk. 6,19 Mk. von Kollegen Dingschläger, Neuborf heißen, und 19,50 statt 19,75 Mk. von den Kollegen des Brauereihauses Würzburg. In Nr. 7 muß es heißen: 16 Mk. von den Kollegen in Gevelsberg, nicht Barmen. Durch Ehrenstein 1,80 Mk. muß es in letzter Nr. unter freiwilligen Beiträgen heißen.

Briefkasten.

Fr. L. Br., München. Inserate kosten 2,50 Mk. Besten Gruß.

P. N., Düsseldorf. Mir erscheint Deine Sprache in Deinem letzten Briefe einfach unverständlich. Am Mittwoch Mittag ist Schluss der Redaktion. Da die Buchdrucker in unserer Druckerei um 4 Uhr Feierabend machen, muß bis dahin die Zeitung umbrochen sein, weil Donnerstag Morgen mit dem Druck begonnen wird. Wenn es nicht mehr hineingekommen, so lag es an der späten Einlieferung. Es müssen sich die Herren Kollegen eben auch gedulden, nicht mit ihren Einlieferungen bis zur letzten Minute zu warten. Wenn ich zu Hause bin, da lese ich Abends die letzte Post noch, Kollege Bauer aber geht um 6 Uhr nach Hause und so wird es bei Anlieferung von Arbeit mitunter etwas später am andern Morgen mit dem Lesen und Öffnen der Briefkasten. Besten Gruß.

Dresden. Zwickau. Die geplanten Versammlungen kann ich erst Ende März abhalten. Besten Gruß.

Müller, Barmen und Schönberg b. Merane. Wofür die 6 Mk. bezw. 9,20 Mk.? Bitte um sofortige Antwort. Besten Gruß.

W. L., Altdorf b. Effen. Für was die 161,50 Mk.? Gib mir sofort Antwort. Warum füllst Du den vorgebrachten Abschnitt nicht aus? Inserat kostet 1,80 Mk. Besten Gruß.

Linburg. Inserat kostet 2 Mk. Besten Gruß.

Paul, Hamburg. Das Inserat kostet 90 Pf. Besten Gruß.

S., Pforzheim. Soll der Betrag für die Sagenarbeiter oder soll er als freier Beitrag zum Streifenfonds gelten? Bitte Antwort, ob der auf der Sammelliste gezeichnete Betrag der von Dir eingesandte ist. Besten Gruß.

P. N., Steinbruch. Laßt doch so einen einzelnen Menschen laufen, ob er Bigemälzer ist oder nicht. Wenn wir Leben, der sich seinen Mitarbeitern gegenüber nicht so benimmt, als wie es einem anständigen Kollegen zukommt, erwähnen wollten, so müßten wir die Zeitung drei Mal wöchentlich erscheinen lassen. Ueber solche Elemente geht man mit Berachtung hinweg. Also verzichte auf Deine Charakteristik des S. Besten Gruß an alle Bekannte und Freund L.

L. Panzer, Berlin. Dann hat der Herr Expump auch gefunkt, als er mit den 650 Mitgliedern geprahlt hat. Denn nur aus der Bundeszeitung wissen wir, daß der Berliner „Gezellen“-Verein 650 Mitglieder zählen sollte.

Änderungen in der Auszahlung der Reise-Unterstützung.

Heilbronn. Kollege Binder von 12-1 Uhr Mittags und von 7 Uhr Abends in der Brauerei Frank.

Versammlungs-Kalender zc. Berlin.

Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 2 Uhr: Monatsversammlung bei Stabernack, Inselstraße 10. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: „Der christlich-sozialistische Staat der Jesuiten in Baraguay.“ 2. Besprechung betr. Besuch der „Krania“. 3. Zeitungs-Angelegenheit. 4. Innere Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen aller Brauereien werden ersucht, betreffs Regelung des 3. Punktes der Tagesordnung: regelrechter Vertrieb der Verbands-Zeitung innerhalb von Berlin und Umgegend, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr: Monatsversammlung bei Heemann. In dieser Versammlung wird Genosse König aus Bitten sprechen.

Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 5 Uhr: Öffentliche Vötker- und Brauereiarbeiter-Versammlung im „Gänsepark“, Nikolaistraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Mehle über: „Volkswirtschaftliche Betrachtungen in Bezug auf das Braugewerbe“. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Sonabend, den 6. März, Abends 8 Uhr: Monatsversammlung im Saale der „Schw. Bierhalle“. Sämtliche Brauer von Heilbronn und Umgebung werden hiermit darauf aufmerksam gemacht.

Die Vertrauensmänner werden ersucht, am 4. März, Abends 8 Uhr, pünktlich zu erscheinen, da bekanntlich im Gasthaus „Zum Ritter“ die Beiträge eingezogen werden.

Sonntag, den 21. Februar: General-Versammlung. Die Tagesordnung wird noch bekannt gemacht. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Die regelmäßige Versammlung findet jeden 2. Sonntag im Monat im Gasthaus „Zum Stern“ statt. Die Reise-Unterstützung wird vom Kassierer Christian Göpfer, Küferstr. 14, 1. Et., die Arbeitslosen-Unterstützung ebendasselbst ausbezahlt.

Inserate.

Hamburg.
Für die Beweise der Legalität und sonstigen Bestimmungen anlässlich des Todes meines Bruders Anton sage ich den Verbandskollegen in Heilbronn meinen tiefgefühltesten Dank.
H. Bischof.

Heilbronn.
Unserem treuen Verbandskollegen Friedrich Anhu nehst seiner lieben Braut Käthe die besten Glückwünsche zu der am 23. Februar in Neuenstein stattfindenden Hochzeitsfeier.
Wenn die Weichen blühen und die Lerche singt,
Wenn die Hüben grünen und der Frühling winkt,
Wenn auf Liebesfreunden Hochzeitsfeier folgt:
Wünschen wir Euch Weiden Tage froh und hold;
Wenn wir Rechte wahren, bleib' uns fernher treu,
Kämpfe in Gefahren mit uns ohne Feind.
Zweigverein Heilbronn.

Malieb veripädet.
Unserem Verbandskollegen in der Mälzerei Cellhöfner in Schwegingen **Anton Käthe** u. seiner lieben Frau **Helene** geb. **Morlock** aus Serrenalb zu der am 4. d. Mts. stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Du triffst in den Ehestand ein, wobei sind alle Sorgen,
Doch wird auch Dir beschiedenen sein in einem schönen Morgen
Des Klapperjörches Liebesgabe zu nehmen an als Ehestandsgabe!
Seine Kollegen **Burkhardt, Badenbach und Weng,** Brauerei Zimmermann in Linburg.

Empfehle allen durchreisenden sowie am Plage sich befindenden Verbandskollegen mein
Gast- und Speisehaus.
Konstante Bedienung zc., jedem Besuche entsprechend.
Fritz Löw,
Nürnberg,
Münzgaße Nr. 3
(am Holzmarkt).

Zigaretten-Verhandlungsgeschäft G. Leithner
Nürnberg, Köhlerstr. 1.
Empfehle mein renommirtes Lager hochfeiner Zigaretten aus überreichen Tabaken, 100 Stück von 3-16 Mk. franco per Nachnahme.

Wo befindet sich der Brauer **August Lehmann?** War 1889-1890 in der Altknecht-Brauerei von Ubelung & Hoffmann in Potsdam beschäftigt. Um Auskunft bittet
Die Exped. dieses Blattes.

München.
Unserem werthen Verbandskollegen **Otto Kirschner** und seiner lieben Frau **Sabina** geb. **Eimansberger** zu der am 4. Februar stattgefundenen, u. unserem werthen Freund und Verbandskollegen **Isidor Neumeier** und seiner lieben Braut **Babette Doll** zu der am Sonnabend, den 20. d. Mts., stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche und ein dreifach donnerndes Hoch, daß es in Verlaß knallt und beim Leistbräu widerhallt.
Die Verbandskollegen des Franziskaner-Feißbräu.

Hannover.
Sonnabend, den 20. Februar, Abends 7 Uhr:
Großes Wursteffen
vom selbstgeschlachteten Schweine. Sehr Thüring. Bratwurst, jomie Rost- u. Leberwurst u. Sülze. Für gute Getränke ist bestens gesorgt. Hochachtungsvoll
K. Köhler, Knochenhauerstr. 24.

Leithner'sche Gebirgs-Cigarren.
Empfehle meine bekanntlich v. der „Bundesantenne“ ausgezeichneten Gebirgs- und Alpen-Cigarren auf's Allerbeste. Preisere nur gegen Nachnahme in allen Preislagen, schon von 2,50 Mk. an.

Fritz Löw,
Nürnberg,
Münzgaße Nr. 3.

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenchrift
In freien Stunden.
Romane u. Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 Pf.
Zur Zeit erscheint der kunstvoll und reich illustrierte Roman
1793 von Victor Hugo
voll packender Schilderungen aus der großen französischen Revolution.
Man abonniert bei der Exped. dieses Blattes oder bei der Post (Postzeitungsstatlog für 1897 Nachtrag 1, 3537 a) Heft 6 u. 7 ist erschienen.

Nachruf.
Am Mittwoch, 10. Februar, starb unser lieber, braver Freund u. Parteigenosse, Fachvereins- u. Verbandsmitglied
Eduard Linde aus Herzberg
im Alter von 26 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Ruhe sanft, lieber Freund!
Seine Kollegen und Freunde der **Gambrinus-Brauerei in Dresden.**

Zentral-Verband deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Hanau a. M.).
Einladung
zu der am Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags von 6 Uhr ab stattfindenden
Abend-Unterhaltung
im „Nürnberger Hof“.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Brauer- und Mälzer-Mützen
sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.



Jockey-Mütze
in allen Farben, von 1-1,75 Mk.



Klapp-Mütze,
Stoffmützen von 1 bis 2 Mk., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 Mk., Slipseide 2,50-3 Mk.

Stoffproben
stehen franco zu Diensten.
Bei Bestellungen nach an herhalb erbitte Kopie in Zentimetern anzugeben.
Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franco.



Strand-Mütze
in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 Mk.



Steife Brauer-Mütze
in Luch, blau und grün, von 1,75 bis 2 Mk.

Dresden, Carl Fiedler, Dresden, Schäferstraße 53.

Georg Gehrig,
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,
liefert die besten
nur handgestrickten Schafwoll-Strümpfen nebst prima Leibwäsche

C. R. Wittber Chemnitz
28 Müllerstr. 28.

Fabrikant der altbekanntesten
Chemnitzer Holzschuhe,
desgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Mälzer-Pantoffeln

Joh. Dohm
Spezialgeschäft f. Bierbrauer,
Kiel, Winterbeckerstr. 12,
empfehlen in bekannter Güte: gute, bauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitshosen, Seiden- und Zwirnwaren, Holzschuhe, Plüschschuhe, Mälzer-Pantoffeln, große Koffer, Handtöcher, Biertrüge u. s. w.
= Preislisten gratis!

Druckmaschinen
Kautschukstempel sowie alle
Druckarbeiten in Buch- und Steindruck
Konrad Müller,
Schwendt-Leipzig.
= Preislisten gratis!

Stuttgart.
Max Stauder „Zum goldenen Ochsen“
Hauptstädterstrasse 30.
Halte allen Kollegen und Fremden meinen Gasthof mit Brauerei und Küfer-Verkehr bestens empfohlen.

Wohlthätig für die Gesundheit!
ist ein
Zimmer-Dampfbad.
Meine bekannte, glänzend bewährte Dampfbadvorrichtung (nach Pfarrer Knapp's Leibstuhldampf mit Heilkräutern) ermöglicht sofort für wenige Pfennige (nur 1/2 Lit. Spiritus) im eigenen Zimmer ohne alle fremde Hilfe ein Dampfbad von 1/2 bis 3/4 stündiger Dauer mit oder ohne Heilkräuter. Alles Zubehör, auch Schweißhülse, wird mitgeliefert. Prospekte gratis.
Preis nur 22 Mark!
Alleiniger Fabrikant: **G. Chemin-Petit** Nachfolger in **Dresden-Neustadt.**

Berlin.
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes
Restaurant mit Zentral-Herberge
Neue Friedrichstrasse 20
(Ecke Königstrasse, i. d. Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).
Hochachtungsvoll
Fritz Preuss.

Thüringer Wurstfabrik von F. W. Lindner, Eisenberg i. Thür.,
empfiehlt:
Prima Cervelatwurst . . . per 1/2 Kilo 1,20 Mk.
„ Salami 1,20 „
„ Roth- und Leberwurst 0,75 „
„ Sülze, roth und weiss 0,50 „
„ Thür. Knackwürstchen „ Duzend 1,10 „
= Unter streng geschlicher Fleisch- und Trichinenschau. =

Hans Baake, Verlag, Berlin S.
Im Erscheinen ist begriffen und durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen:
Die Geschichte der modernen Polizei.
Von Paul Kampffmeyer.
= Vollständig in 25 Heften à 20 Pf. =
Der Verfasser leuchtet mit der Fackel der Wahrheit in die dunklen Tiefen des politischen Treibens und giebt damit zugleich eine originelle Ergänzung zur allgemeinen Kulturgeschichte. Die „Geschichte der modernen Polizei“ ist ohne Zweifel eines der interessantesten Bücher; sie enthält neben einer einleitenden Rückschau in das Mittelalter die Geschichte der politischen Polizei im Zusammenhang mit den freirechtlichen Bestrebungen, der Sittenpolizei und Prostitution, der Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei u. s. w. Zahlreiche Illustrationen, Porträts, Familien u. s. w. erhöhen die Anschaulichkeit der rechtlichen Schilderung und den Werth des hochaktuellen Buches, das Jedem zum Abonnement empfohlen werden kann.

Die Achtstundentag-Debatte im Reichstage.

Bei der Bedeutung, welche die Frage des Achtstundentages immer mehr gewinnt, ist es wohl von großem Interesse, die Stellung der einzelnen politischen Parteien zu dieser Frage, wie sie von den verschiedenen Parteirednern in der Reichstags-Sitzung vom 4. Februar d. J. gelegentlich des Achtstundentags-Antrages Auer und Genossen präzisirt wurde, genauer kennen zu lernen. Wir bringen deshalb nachfolgend einen ausführlichen Bericht der Reichstags-Sitzung vom 4. Februar:

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Antrages Auer (Soz.) und Genossen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis, im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird.“

Hierzu liegt folgender Abänderungsantrag der Abgg. Dr. Hige, Dr. Lieber und Dr. Freiherr v. Hertling (Centr.) vor:

„Unter Ablehnung des Antrages Auer und Genossen die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben (kaiserliche Erlasse vom 4. Februar 1890), thunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken auf höchstens dreizehn Stunden wöchentlich vorzulegen.“

Abg. Fischer (Soz.): Unserem Antrage auf Einführung des Achtstundentages werden wahrscheinlich die Parteien und die Regierungen den Einwand entgegenstellen, er sei lediglich nur aus agitatorischen Gründen gestellt; bei der Berücksichtigung der industriellen Entwicklung und angesichts der Konkurrenz des Auslandes könne man nicht daran denken, von heute auf morgen den Achtstundentag einzuführen, ohne die deutsche Industrie zu ruinieren. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß wir nicht den Ruin der Industrie wollen, denn die Arbeiter hätten den Schaden davon. Wir verhehlen uns auch nicht die tiefgreifenden Wirkungen unseres Antrages und die Schwierigkeiten seiner Durchführung. Diese Schwierigkeiten können aber sowohl im Gesetze selbst als auch in den Ausführungsbestimmungen berücksichtigt werden. Sie sind aber nicht so groß, daß sie uns und die Regierung von der Pflicht entbänden, mit allen gesetzlichen Mitteln den Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Kein Zeitpunkt ist dazu geeigneter, als der gegenwärtige, wo unbestritten die deutsche Industrie in einem großen geschäftlichen Aufschwung begriffen ist. Das beweisen die Berichte der Handelskammern und der Fabrikspektoren, die vermehrte Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, und die Anschaffung von Maschinen. Der Aufschwung der Textil-, Montan- und Eisenindustrie ist eine Tatsache. Und daß diese Fluthwelle in der Zunahme begriffen ist, beweisen immerfort die Neugründungen von Aktien-Gesellschaften. Der Werth der Einfuhr betrug 1894 3938 Millionen, sie stieg 1895 auf 4092 Millionen. Der Werth der Ausfuhr betrug 1894 2061 Millionen, 1895 3311 Millionen. Und diese Ausfuhr beschränkt sich nicht etwa auf einzelne Industriezweige, sondern die Steigerung war allgemein. Fragt man aber, was gegenüber diesem Goldregen für die Unternehmer, der im Wesentlichen durch die Handelsverträge hervorgerufen ist, für die Arbeiter geschehen ist, so ist das Bild ein ganz anderes. Abgesehen von einzelnen Etablissements, zum Beispiel in der Holz- und Metallindustrie und im Bauhandwerk, wo man in einzelnen Städten nach langen und schwierigen Kämpfen den Achtstundentag errungen hat, sind die Bemühungen der übrigen Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit größtentheils erfolglos geblieben. Dieses gilt gerade von den Gebieten, wo die Dividenden am höchsten sind, von der Montan-, Textil- und Eisenindustrie, von den chemischen und Staatsbetrieben. Die Arbeiter sind hier noch schlimmer daran, als vor Eintritt des letzten industriellen Niedergangs. Es ist immer das alte Lied: Fällt die Industrie, so halten sich die Unternehmer schadlos an den Arbeitern durch Verlängerung der Arbeitszeit, treten aber günstige Konjunktoren ein und steigen die Preise, dann kommt der Staat mit seiner Autorität, mit seiner Klaffengesetzgebung und dem Polizeibüffel, und hält die Arbeiter nieder. Das beweist der letzte große Bergarbeiter-Ausstand, wo schließlich der Minister von Berlepsch so langwe, wie es die Unternehmer wünschten, und die Polizei sich direkt in den Dienst der Unternehmer stellte und durch Trümpel regaltren ließ.

Die Unternehmer wenden ein, der Achtstundentag ließe sich nur auf internationaler Wege einführen. In dieser Allgemeinheit ist der Einwand nicht richtig. Wir haben eine internationale Regelung allerdings zuerst gewünscht, nenerdings noch auf dem Pariser Kongreß. Aber der beste Weg zur internationalen Regelung ist der, auf nationaler Boden die notwendige Voraussetzung dafür zu schaffen nach dem Grundsatz: das Beispiel findet Nachahmung. Die benachbarten Industriestaaten haben uns längst überflügelt; Desterreich, England, die Schweiz, Norwegen sind uns mit der Verkürzung der Arbeitszeit vorausgegangen, und demnach wird vielleicht sogar Rußland dasselbe thun. Diese heimliche Liebe zur internationalen Arbeiterschutts-Gesetzgebung hat eine verächtliche Neugierigkeit mit Stummlicher Liebe zu den Arbeiterorganisationen, wenn es gilt, gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse Stellung zu nehmen. Die bürgerlichen Parteien weisen darauf hin, daß auch die englischen Gewerkschaften Gegner des Achtstundentages sind; wenn wir aber dieselben Mittel verlangen, die die englischen Arbeiter besitzen, dann schimpft man auf diese Gewerkschaften, welche mit der Koalitionsfreiheit die Waffen verhehen sollen. Würde die Reichsregierung heute einer Einladung zu einer internationalen Arbeiter-Konferenz Folge geben? Es sind jetzt gerade sieben Jahre her, als die erste Konferenz in Berlin zusammentrat, aber diese Konferenz verlief wie das Hornberger Schießen. Die Einwendungen gegen eine gesetzliche Festlegung der Normal-Arbeitszeit sind glänzend widerlegt worden. Ich verweise auf England, und auch in Deutschland, wo wir einen schwächlichen Versuch nach dieser Richtung gemacht haben mit der Verminderung der Arbeitszeit für Kinderjährlinge und

Frauen, ist dieser Versuch nach der einstimmigen Ansicht der Fabrikspektoren ohne jede Schädigung der Industrie gescheitert. Einzelne Fabrikspektoren sprechen sich für die Beschränkung der Arbeitszeit durch die männlichen Arbeiter aus. Wie notwendig diese Verkürzung ist, beweist die Statistik. Nebenher führt die Berichte mehrerer Fabrikspektoren an, woraus sich ergibt, daß in 1/4 der Betriebe die Arbeitszeit über 10 Stunden beträgt. Ganz besonders schlimm sind die Verhältnisse in der Ziegelei, Mülerei, Brauerei und Kalkbrennerei. In der letzteren währt die Arbeitszeit bis zu 36 Stunden, in den Ziegeleien zwischen 14 und 18 Stunden, eine auch nach der Ansicht des Fabrikspektors übermenschliche Zeit. In der Kohlenlager Mülerei beträgt die Arbeitszeit 65 Arbeitsstunden bei 19 Stunden Ruhe. In den Bergwerken sind ebenfalls lange Schichten üblich. Wenn diese Mißstände nicht nach einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit schreien, und wenn angesichts solcher Zustände die Regierung immerfort das Wort Sozialreform im Munde führt und nicht einschreitet, dann wäre es besser, die Regierung ließe das Wort Sozialreform aus ihrem Vokabular verschwinden. Ähnliche Zustände sind in einer ganzen Reihe anderer Betriebe vorhanden. Für Hessen I konstatiert der Fabrikspektor, daß eine gesetzliche Festlegung der Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiter wünschenswert sei. Er empfiehlt aber nur eine einstündige Arbeitszeit und beruft sich auf die einstündige Arbeitszeit der Frauen. Sein Kollege im benachbarten Bezirk Hessen II plädiert aber für den zehnstündigen Normalarbeitszeit. Angesichts der amtlichen Berichte der Fabrikspektoren sollte man meinen, daß die Regierung, die sich in ihr Erbte gegen die Arbeiterklasse auch nicht von der Sozialaberrantie abtreiben lassen will, schon längst Schritte gethan haben müßte gegen die übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit.

Der Antrag Hige beweist, daß die seit sieben Jahren noch nicht eingelösten Februarerlasse für die Sozialpolitik der Regierung vollständig bedeutungslos sind, weil diese Sozialpolitik vor dem Unternehmertum bedingungslos kapitulirt hat. Da ist es unsere Pflicht, Alles daran zu setzen, um die Regierung auf diesem Wege vorwärts zu drängen. Da kommt man mit dem Einwand, daß ein so großer Sprung, wie unser Antrag verlangt, die deutsche Industrie auf einmal nicht ertragen könne. Wie liegen aber die Dinge? Wenn wir von den zurückgebliebenen Betrieben absehen, nämlich von der Ziegelei, Mülerei und von den Handelsangestellten, welche letzteren nach dem Bericht der Hamburger Handelskammer bis zu mehr als 16 Stunden beschäftigt sind, und deren Ladenzzeit erst um 9 oder 10 Uhr Abends zu Ende geht, so haben wir in Deutschland in den großen Betrieben, die in erster Linie in Betracht kommen, durchschnittlich die zehnstündige Arbeitszeit durchgehend.

Bei der Reichspost beträgt die Arbeitszeit der Beamten heute noch 70 Stunden pro Woche; ungeheurerlicher aber als bei der Post sind die Arbeiterverhältnisse bei den Staatsbahnen, die in diesem Jahre in Preußen 460 Millionen gegen 385 Millionen im Vorjahre Ueberschuß gehabt haben. Obwohl die Gesamteinnahmen der Eisenbahnen um über 8 Prozent gestiegen sind, sind die Ausgaben um 0,1 Prozent gesunken. Will man wissen, auf welchen Kosten zum Teil diese kolossalen Ueberschüsse erzielt werden, so muß man einen Blick auf die Verhältnisse der Angestellten werfen. Nebenher zitiert nach dem preussischen Abgeordnetenhause vorgelegten Uebersicht über die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten die betr. Ziffern für die verschiedenen Kategorien von Beamten, von denen zum Theil über 15 und 16 Stunden gearbeitet wird. Anders gestaltet sich das Verhältnis bei den Werkstätten-Arbeitern. Die Werkstätten haben sich den Verhältnissen in den großindustriellen Betrieben mit zehnstündiger Arbeitszeit angegeschlossen. Wenn man aber konstatiren muß, daß Tausende und Aber-tausende im Staatsdienst heute noch eine Arbeitszeit von 15 bis 16 Stunden haben, in Betrieben, die so kolossale Ueberschüsse abwerfen, und die nach den feierlichen Versprechungen des Kaisers vor 7 Jahren Musterbetriebe sein sollten, so sind sie allerdings Musterbetriebe geworden, aber für die wirtschaftliche Ausbeutung. Kann man es da den Arbeitern verdenken, wenn sie nach einer selbstständigen Organisation streben? Aber dann kommen die Unternehmer und verlangen nach der Polizei gegen die staatsgefährlichen Organisationen der Arbeiter.

Nebenher zitiert nun mehrere Berichte von großindustriellen Unternehmern aus England und Amerika über die erfolgreichen Versuche, die sie mit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages gemacht haben. Die Berichte lauten übereinstimmend dahin, daß sich der Achtstundentag nach jeder Richtung hin bewährt und zahlreiche Nachahmer gefunden hat. Was in England möglich sei, sei auch für das deutsche Reich als zureichend zu erachten. Nach den Berichten der Unternehmer trage die Produktion in Folge der Verkürzung der Arbeitszeit einen gleichartigen Charakter, das Quantum der produzierten Arbeit sei größer als vorher, dabei seien Ersparnisse an elektrischem Licht und Arbeitsgeräthen gemacht; eine Reduktion der Löhne sei nicht erforderlich gewesen; die Arbeiter arbeiten mit mehr Energie, seien pünktlicher und gesünder; die Unternehmungskosten seien geringer geworden; die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sei erhöht und nur halb so viel Patente seien zu verzeichnen gewesen als früher. Nach diesen Erfahrungen in der Privatindustrie haben auch die öffentlichen Behörden nicht mehr zurückzusehen können; und es hat das Londoner country-council bereits Mitte der achtziger Jahre allen Unternehmern bei Arbeiten für die Gemeinde die Verpflichtung auferlegt, die Arbeiter nur acht Stunden arbeiten zu lassen. Die Pferdebahn in Subderfeld ist ebenfalls diesem Beispiele gefolgt. In sämtlichen Militärwerkstätten ist der Achtstundentag eingeführt worden. Im letzten Jahre hat auch die englische Postverwaltung, ganz im Gegensatz zu unseren Reichsbehörden, den Versuch mit dem Achtstundentag gemacht; und das Resultat ist dasselbe gewesen wie bei den Privatindustriellen. In dem Jahresberichte heißt es, der Versuch sei erfolgreich gewesen, es sei eben so viel geleistet worden als früher bei der längeren Arbeitszeit. Angesichts solchen Vorgehens der Privaten, Kommunalen und der Staatsbehörden muß man doch fragen, wie es denn möglich sei, daß bei uns so spießbürgerliche, kränkelnde Ansichten vorherrschen. Dieselben Erfahrungen wie in England sind in Amerika mit dem Achtstundentag gemacht worden und eine immer größere Zahl von einstuftigen Unternehmern folgt damit nach. In Norwegen ist in den Regierungswerkstätten der neunstündige Arbeitstag eingeführt worden; auch Australien ist in dieser Beziehung für uns ein lehrreiches Beispiel.

Eine Erfindung der Sozialdemokratie ist der Achtstundentag nicht, schon 1833 ist diese Forderung aufgestellt worden. Manche hoffen, daß die Einführung des Achtstundentages zu einer wesentlichen Verringerung der industriellen Reservearmee führen wird. Der Unsicht hier ist nicht, denn die Erfahrungen mit dem Achtstundentag beweisen vielmehr, daß die Arbeitsleistung des Arbeiters steigt und dadurch die Einwirkung auf die industrielle Reservearmee in gewissem Grade eingeschränkt wird. In Australien ist in der Mehrzahl der Betriebe die

Arbeitszeit von 17 auf 10 und dann auf 8 Stunden reduziert worden und zwar schon in den achtziger Jahren. Und was in Amerika und England und Australien seit Jahrzehnten ohne Schädigung der Industrie möglich ist, sollte in Deutschland nicht durchführbar sein? Dem widersprechen die praktischen Erfahrungen in Deutschland selbst. Nebenher zitiert eine ganze Reihe von Betrieben in verschiedenen Städten, wo der Achtstundentag bereits eingeführt ist, zum Beispiel bei Siemens u. Halske, Heine u. Manferk. Ein klassisches Beispiel für die Möglichkeit des Achtstundentages ist die Zalkausfabrik des Herrn Heinrich Freese in Berlin. Früher bestand hier eine unregelmäßige Arbeitszeit von 14-16 Stunden je nach der Saison, jetzt wird die Arbeit ganz gut in acht Stunden erledigt, dasselbe Arbeitsquantum bei verringerten Produktionskosten und höheren Durchschnittslöhnen. Es handelt sich hier nicht um ein vereinzeltes Experiment; in einer ganzen Reihe von Industrien aller Länder seit Jahren dieselben günstigen Erfahrungen in großen und kleinen Betrieben, privaten wie Staatswerkstätten. Nicht ein einziger Unternehmer behauptet, daß er durch die Einführung des Achtstundentages bankrott geworden sei. Man wendet ein, die Verkürzung der Arbeitszeit könnte den Arbeiter höchstens dazu verleiten, seinen Lohn zu verkaufen. Selbst wenn das wahr wäre, so geht es die Unternehmer gar nichts an, sie geben ja den Arbeitern auch keine Rechenschaft darüber, was sie mit ihrer freien Zeit thun.

Überall, wo die Arbeitszeit verkürzt ist, steigt das Lebenshaltungs-Niveau, das Bildungs-Niveau der Arbeiter. In England und Amerika hat in Folge dessen der Schnapsgenuß abgenommen. Wo eine lange Arbeitszeit besteht, sind die Ausschweifungen am meisten verbreitet. Und man muß zu scharfen Aufsichtsmassregeln greifen. Wir sind überhaupt bei uns zu einem gewissen Unteroffizierstandpunkt gekommen. In der Reichsdruckerei kommt auf je 5 Arbeiter 1 Aufsichtler, in England auf 15 000 Arbeiter, im Elsaß auf 12 000. Es handelt sich hier keineswegs bloß um eine sozialdemokratische Forderung. Ungläubige Männer der Wissenschaft haben sich dafür ausgesprochen.

Als vor 2 Jahren in Budapest der internationale Kongreß für Hygiene und Demographie stattfand, stand auch die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und die Frage des Achtstundentages auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende hatte beabsichtigt, hierüber einen Volkswirth und einen Fabrikarzt sprechen zu lassen; er mußte aber konstatiren, daß trotz lebhafter Bemühungen in ganz Deutschland und Desterreich kein Fabrikarzt aufzutreiben war, der das Meisera über den Achtstundentag abzunehmen wollte. Warum nicht? Gegen den Achtstundentag wollte kein Arzt sich aus wissenschaftlichen Gründen aussprechen, für den Achtstundentag wollte kein Fabrikarzt eintreten aus Furcht vor seinem Arbeitgeber. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hieraus können Sie sich erklären, weshalb die Arbeiter eine solche Mißachtung gegen die sogenannten Vertrauensärzte haben. Die Vertrauensärzte sind nicht mehr Männer der Wissenschaft, sondern die Kulis der Unternehmer; sie beschneigen das, was die Unternehmer wünschen. Die wissenschaftlichen Ärzte haben sich rüchlos für den Achtstundentag ausgesprochen; ihre Beschlüsse sind aber natürlich ein Stück Papier geblieben, denn in eine praktische Agitation für den Achtstundentag sind die Herren Professoren und Ärzte mit wenigen rühmlichen Ausnahmen nicht eingetreten.

Ohne gewaltigen und fortwährenden Druck von unten ist in Deutschland nichts zu erreichen. 1889 fand nach dem Bergarbeiterkongreß der internationale Kongreß in Paris statt, auf dem die Einführung des Achtstundentages empfohlen wurde. Am 31. Januar 1890 begann in Deutschland die Sozialreform mit der Berufung des Herrn v. Berlepsch in das Handelsministerium, und am 4. Februar, also gerade heute vor sieben Jahren — vielleicht ist die böse Sieben in diesem Falle für uns ein günstiges Omen — sind die bekannten kaiserlichen Erlasse erschienen, in denen ausdrücklich auf die in der internationalen Vereinbarung für die Arbeiter gewünschten Einrichtungen auf den Ausstand und die sonst dabei laut gewordenen Wünsche und Klagen der Arbeiter Bezug genommen wurde und ausdrücklich festgestellt wurde, daß es eine Aufgabe der Staatsgewalt sei, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln, damit die Erhaltung ihrer Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihre Ansprüche auf eine endliche Gleichberechtigung gewahrt würden. Damit wurde direkt auf den Achtstundentag Bezug genommen. Jetzt klingt es freilich ganz anders. Heute wird allerdings nicht mehr den Kohlenbaronen aus dem Saarrevier zugerufen, sie sollten sich nicht einbilden, daß die Arbeiter ein bloßes Divisionsobjekt für die kapitalistische Ausbeutung seien. Heute wird nicht mehr der brutal-cynische Ausdruck von dem Ueberdenkhaufenschießen der Arbeiter gebraucht, aber den Hamburger Unternehmern wird zugerufen, sie möchten den Forderungen der Arbeiter den kräftigsten Widerstand entgegenstellen. Heute sind wir bereits so weit, daß der Vertreter der brutalsten Unternehmerinteressen sich rühmen kann, er reise jetzt nach Berlin, um den Kaiser scharf zu machen gegen die Forderungen der Arbeiter. Wenn man sagt, man dürfe an einem Kaiserwort nicht drehen und denken, so gilt dies von den Februar-Erlassen in erster Linie; aber ich muß konstatiren, daß in den letzten sieben Jahren die Regierung, ich will nicht sagen, sich einen Bruch des Kaiserwortes hat zu Schulden kommen lassen, aber mindestens eine Nichterfüllung dieses Wortes, und deshalb ist es Aufgabe der Volksvertreter, die verbündeten Regierungen an ihre Pflicht zu mahnen. Und Sie können das nicht besser, als wenn Sie unsern Antrage zustimmen, der nichts Anderes will, als was in den kaiserlichen Erlassen verprochen war, die Befestigung der Arbeiter. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hige (Zentrum): Die Freunde des Vorredners hoffen doch wohl kaum, daß der Antrag Zustimmung in diesem Hause finden werde. Wenn es wahr ist, daß die Arbeitsleistung in acht Stunden dieselbe ist, wie in neun oder zehn Stunden, so ist es eine falsche Taktik, gleich das Wenigste zu verlangen. Der Achtstundentag ist keine sozialdemokratische Forderung, sondern eine Forderung praktischer Erwägung. Aber gerade deshalb sollte man erst Erfahrungen sammeln. Die achtstündige Schicht herrscht in dem Bergbau des Westens; wo eine große Wärme herrscht, ist sogar die sechsstündige Schicht durchgeführt. Nebenher weist zurück auf die Vorgeschichte des Normalarbeits-tages; vom Zentrum wurde die Forderung schon 1882 aufgestellt, aber damals vom Reichsanwalt entschieden zurückgewiesen; die Arbeiterklasse brachte eine Beschränkung der Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter, die indirekt auch den männlichen Arbeitern zu Gute kommt. Ferner hat der Reichstag dem Bundesrath die Ermächtigung gegeben, für besonders gesundheitsgefährliche Betriebe eine Beschränkung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Aber dieser Weg allein wird nicht zum Ziele führen. Erreicht werden muß eine Verkürzung der Arbeitszeit, weil durch die übermäßige Dauer derselben das Ja-

milienleben zerstört wird. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird die Anschaffung neuer Maschinen, die Verbesserung der Technik fördern. Wenn auch die Arbeitsleistung in acht Stunden nicht dieselbe sein wird wie in zehn Stunden, so wird sie doch eine intensiver sein als bei längerer Arbeitszeit.

Abg. v. Dehl (natl.) ist im Allgemeinen einverstanden mit den Ausführungen des Redneren, hält den Antrag Sike aber nicht für geeignet, dem Arbeiter etwas Nennenswertes zu verschaffen; denn 90 Prozent der Großbetriebe haben heute schon eine Arbeitszeit von 10 Stunden täglich, also 60 Stunden wöchentlich. Für die Kleinindustrie aber würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine erhebliche Störung mit sich bringen.

Da die Gewerkschaften sich überlebt haben, so sollte man obligatorische Berufsgenossenschaften schaffen, um in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern wie in den Knappschaftsvereinen diese Verhältnisse zu regeln.

Abg. v. Stumm (Wp.): Der Abg. Fischer hat hier wieder die Behauptung aufgestellt, ich hätte gesagt, ich wolle nach Berlin reisen, um den Kaiser dafür zu machen gegen die Arbeiter. Nachdem ich die Behauptung hier in öffentlicher Sitzung als Lüge bezeichnet habe, geht es mit an einer parlamentarischen Vernehmung dieses Vorganges.

selbst dagegen ausgesprochen, und nirgends besteht heute Gefahr der Achtstundentag. Das überall, wo freiwillig der Achtstundentag eingeführt ist, ausnahmslos ein Erfolg damit erzielt ist, ist ganz falsch.

Ich behaupte, daß dieser Antrag gewissermaßen ein ganz erheblicher Schlag ins Gesicht der Industrie ist, und daß er Bewußtformen erreicht und erreichen will - die Verminderung der Erwerbsfähigkeit und die Schädigung einer sehr großen Zahl von Arbeitern.

Mit Ihrem Antrage (zu den Sozialdemokraten) steuern Sie geradezu auf den sozialdemokratischen Staat los. (Zorniger Zuruf: Also in die Hölle!) Mit der Wädereiverordnung hat der Bundesrat das Pferd am Schwanz ausgegäumt.

Abg. Schneider (fr. Wp.): Die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung wird auch von uns vertheidigt. Aber dem Antrage des Zentrums gegenüber möchte doch darauf aufmerksam zu machen sein, daß der Bundesrat von seinen Vollmachten nicht immer richtige Anwendung gemacht hat, namentlich bezüglich der Wädereien.

Abg. Windwald (Reform.): Ohne Schädigung der Industrie wäre der achtstündige Arbeitstag durchzuführen, aber nicht für alle Betriebe, und für das Kleingewerbe ist er unbedingbar bei der Beschaffenheit der Menschen bezüglich ihrer geistigen und körperlichen Anlage.

Abg. Sike (Zentr.) verwarf sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. v. Dehl, der abfällig geurteilt hätte über Professoren, und weist darauf hin, daß der Vorsitzende des christlichen Bergarbeitervereins, Bruns, gegen die Stellungnahme des Pfarrers Naumann protestiert habe.

Ein Verlagsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Abg. Fischer: Ich habe nicht behauptet, daß der Abgeordnete v. Stumm die Hebung gehandelt hat, er müßte den Kaiser dafür machen, sondern ich habe nur ausgesprochen, daß es charakteristisch für den Niedergang unserer Zustände sei, daß dem Freiherrn von Stumm, dessen Namen ich übrigens gar nicht genannt habe, eine solche Hebung nicht bloß zugeschrieben, sondern daß sie auch allgemein geglaubt wurde.

Abg. v. Stumm bemerkt persönlich, daß nach seiner Meinung durch die Beratungen des Staatsrats die laienlichen Erlasse zur Einführung gekommen sind, daß von einem nicht erfüllten Versprechen also keine Rede mehr sein könne.

Palle a. S. Am Sonntag, den 17. d. M., fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im „Händelpark“ statt. Punkt 1 der Tagesordnung, Rapport über die Lokal- und Verbandskasse, wurde schnell erledigt und dem Kassier Dehage ertheilt.

Neumünster. Am 6. d. Mts. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, erstattete ein Delegierter Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschafts-Kartells.

Hemstedt. Statistik der Brauerei G. W. Sippel in Hemstedt. In genannter Brauerei arbeiten 10 Wurschen, 1 Hilfsarbeiter, 1 Küfer, 6 Kutscher, 1 Maschinenmeister, 2 Maschinisten, 2 Geizer, 1 Schlosser und 1 Hilfsarbeiter.

Abg. v. Stumm (Wp.): Der Abg. Fischer hat hier wieder die Behauptung aufgestellt, ich hätte gesagt, ich wolle nach Berlin reisen, um den Kaiser dafür zu machen gegen die Arbeiter. Nachdem ich die Behauptung hier in öffentlicher Sitzung als Lüge bezeichnet habe, geht es mit an einer parlamentarischen Vernehmung dieses Vorganges.

Brauerei von J. F. Lausberg, Krebsböge. Im inneren Betriebe sind beschäftigt: 6 Wurschen, 2 Maschinisten bezw. Geizer. Dazu kommen für den äußeren Betrieb 4 Vierjahrer. Der Lohn beträgt im ersten Monat 80 Mk., im zweiten 100 Mk. er um 5 Mk. vermehrt werden (?), davon gehen ab ein Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidengeld pro Mann und Monat 1,50 Mk.